

beiden Konfliktlinien eine linke bzw. rechte relative Position im Parteiensystem einnimmt. Dies ist jedoch nicht der Fall, wie sich schon durch eine Bestimmung der jeweiligen »Polparteien« zeigen lässt, also derjenigen Parteien, die im Parteiensystem am weitesten in Richtung der beiden sich gegenüberstehenden Pole der Konfliktlinie verortet sind, auch wenn sie nicht unbedingt eine Extremposition einnehmen müssen. Im Rahmen des Sozialstaatskonflikts stehen sich im heutigen deutschen Parteiensystem *Die Linke* und die FDP als Polparteien gegenüber, im Rahmen des Konflikts zwischen libertären und autoritären Wertesystemen bilden *Die Grünen* und die NPD die beiden Polparteien.

Angesichts dieser Problematik sollte zukünftig auf den Gebrauch der Begriffe »links« und »rechts« zur Kennzeichnung der inhaltlichen Position einer Partei im Parteienwettbewerb verzichtet werden, auch wenn es schwer fällt, alte Gewohnheiten abzulegen. Betrachtet man stattdessen die Positionierung der einzelnen Parteien im Rahmen der durch den Sozialstaatskonflikt und den Liberalismus-Autoritarismus-Konflikt gebildeten zweidimensionalen Konfliktstruktur, so lassen sich inhaltliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede und damit die relative Nähe bzw. Distanz der Parteien zueinander besser erfassen und ein realistischeres Bild des Parteienwettbewerbs entwerfen.

Rita Müller-Hilmer

Sortiert sich das Wahlvolk links?

Wenn von der politischen Entwicklung in Deutschland die Rede ist, fällt in jüngster Zeit meist irgendwann das Schlagwort »Linksrutsch«. Diese Einschätzung steht aber in eigentümlichem Kontrast zu dem Bemühen fast aller im Bundestag vertretenen sechs Parteien, sich beim Wahlvolk auch als »Partei der Mitte« zu profilieren. Was sagen die empirischen Befunde?

Die Diskussion über einen möglichen »Linksrutsch« in Deutschland kommt insofern etwas überraschend, als die Kategorien »links« und »rechts« für eine passende Beschreibung der politischen Verhältnisse zuletzt stark in Zweifel gezogen wurden. Die Positionierung der Parteien auf dem Links-Rechts-Schema galt vielen als überholt, da sich die Parteien, so ein häufiger Vorwurf, zum Verwecheln ähnlich geworden seien. Die Unionsparteien wehrten sich im Übrigen immer schon gegen ihre Qualifizierung als »rechte« politische Kräfte, weil sie dies als einen Versuch der Diffamierung betrachteten. Und als Gerhard Schröder 1998 mit der Aussage in den Bundestagswahlkampf zog, er kenne keine linke oder rechte, sondern nur eine



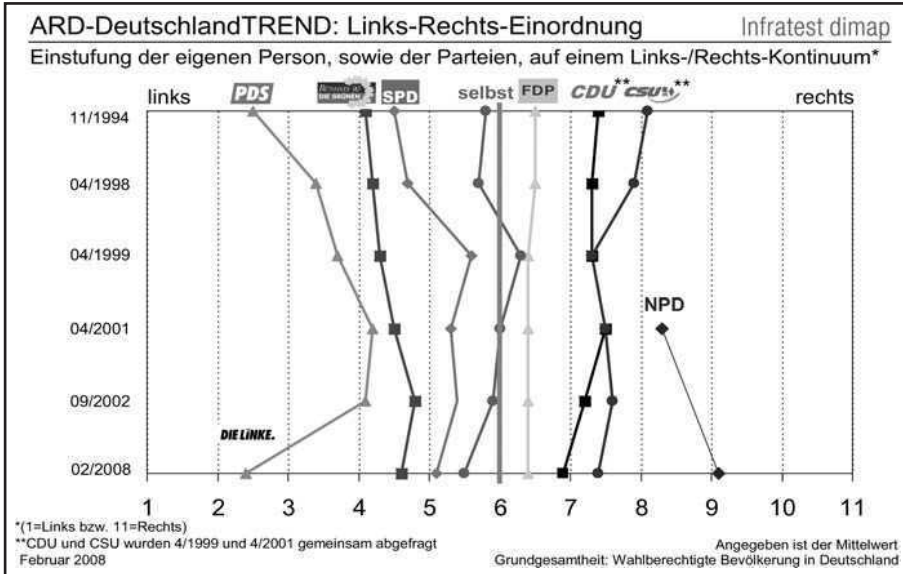
Rita Müller-Hilmer

ist Bereichsleiterin bei TNS Infratest Politikforschung in Berlin.

rita.mueller-hilmer@tns-infratest.com

gute oder schlechte Politik, schien das Ende des Links-Rechts-Denkens nicht mehr weit.

In der Wahlforschung leistet das Links-Rechts-Schema jedoch nach wie vor wertvolle Dienste. Auch die Wähler nutzen es zur Positionierung der Parteien und zur besseren Orientierung in der politischen Landschaft. In Umfragen bereitet es ihnen keinerlei Probleme, die Parteien auf einem



üblicherweise dafür verwendeten 11-skali- gen Links-Rechts-Kontinuum einzuordnen. In einer für den ARD *Deutschland-Trend* durchgeführten Erhebung Anfang dieses Jahres verorteten die Befragten *Die Linke*/PDS relativ weit am linken Rand der Skala (Skalenwert 2,4), danach *Die Grünen* (4,6) und die SPD (5,1). Die FDP platzieren sie am nächsten an der Mitte (6,4), CDU (6,9) und CSU (7,4) rechts davon, die NPD ganz am rechten Rand (9,1). Die Abstände zwischen diesen Werten können dabei durchaus als die wahrgenommene politische Nähe oder Ferne der Parteien zueinander interpretiert werden. Bei den Zuordnungen werden zwei Dinge deutlich: *Ers-* tens konzentrieren sich zwei Drittel der Befragten bei der Zuordnung der einzelnen Parteien auf drei, drei Viertel auf vier Skalenwerte, was eine hohe Übereinstimmung in der Links-Rechts-Zuordnung erkennen lässt. Und *zweitens* nutzen die Befragten für die Parteienverortung die gesamte Skalenbreite weidlich aus. So wird die *Linkspartei* von jedem Zweiten extrem links (Position 1), die NPD sogar von zwei Dritteln extrem rechts positioniert. Die maximale Differenz liegt zwischen *Linkspartei* und NPD (6,7

Punkte), die Differenz zwischen SPD und CDU beträgt immerhin noch 1,8 Punkte, zwischen SPD und CSU sogar 2,3 Punkte. Die Wähler erkennen offenbar doch deutlich größere Unterschiede zwischen den beiden Volksparteien, als man angesichts des vielfach beklagten Mangels an Unterscheidbarkeit vermuten würde.

Der Abstand zwischen SPD und *Linke* wird übrigens größer als zwischen den beiden Volksparteien wahrgenommen. Selbst die SPD-Wähler in ihrer Gesamtheit sehen ihre Partei der CDU (Differenz 2,1 Punkte) näher stehend als der *Linkspartei* (2,4). Die weitaus größte Nähe sehen sie zu den *Grünen* (0,3 Punkte).

Links-Rechts-Skala ist für Orientierung der Wähler wichtig

Es bereitet den Befragten auch keinerlei Schwierigkeiten, sich selbst auf der Links-Rechts-Skala zu positionieren. Im *DeutschlandTrend* vom Februar ordnen sich 9% als weit links stehend ein (Skalenwerte 1/2), 16% moderat links (3/4), 11% moderat rechts (8/9) und nur 5% weit

rechts (10/11). Das Gros der Bevölkerung (53 %) verortet sich selbst zwischen 5 und 7, also in der politischen Mitte. Im Vergleich der Mittelwerte einzelner Bevölkerungsgruppen zeigen sich die signifikantesten Unterschiede zwischen den Bürgern in Ost und West – Ostdeutsche verorten sich deutlich weiter links (Mittelwert 4,8) als Westdeutsche (5,7) – sowie nach Altersgruppen: die junge Generation der 18-24-Jährigen sieht sich deutlich weiter links (4,8) als die Generation der über 60-Jährigen (6,1).

Insgesamt lässt sich eine grundsätzliche politische Übereinstimmung der Bürger mit »ihrer« Partei erkennen; denn die Verortungen der einzelnen Parteien und die Selbstverortung der verschiedenen Parteianhänger sind fast deckungsgleich. Lediglich die Wähler der *Linkspartei* positionieren *Die Linke* deutlich weiter links als sich selbst.

Trendvergleiche zeigen, dass die Parteienabfolge seit Anfang der 90er Jahre, als die PDS als sechste Partei hinzukam, über die Jahre sehr stabil ist. Verändert hat sich allerdings die exakte Positionierung der Parteien auf der 11er-Skala. Es lassen sich in den letzten 10 Jahren zwei Phasen unterscheiden: Bis 2001 rückten die Parteien nach der Wahrnehmung der Bürger fast kontinuierlich nach rechts, wobei die SPD – neben der PDS – die deutlichste Verschiebung verzeichnete. Sie rückte in der ersten Amtsperiode Schröders um einen guten halben Skalenpunkt nach rechts zur Mitte, wodurch es deutlich enger für die konkurrierenden Parteien wurde. In der Folgezeit vollzog sich bei einigen Parteien nach Ansicht des Wahlvolks ein erkennbarer Linksrutsch. Am stärksten ausgeprägt war er bei der PDS, die heute als politisch weit links stehender wahrgenommen wird (Skalenwert 2,4) als vor zehn Jahren (3,4) – wozu der Namenswechsel von PDS zu *Die Linke* sicherlich das Seine beigetragen hat. Einen deutlichen Schwenk nach links haben nach mehrheitlicher Wahrnehmung der Bürger aber auch die CDU (von 7,5 auf 6,9) und ih-

re Schwesterpartei vollzogen (von 7,9 auf 7,4 – allerdings von 1998 auf 2008). Bei der SPD nehmen die Bürger nur eine geringfügige Positionsverschiebung wahr, bei *Grünen* und FDP praktisch gar keine.

Nach diesen Befunden hat in der Wahrnehmung der Bürger auf der Parteebene tatsächlich ein leichter Linksrutsch stattgefunden. Auch die Wählerinnen und Wähler ordnen sich heute deutlich weiter links stehend ein als 2001. Damals war die Gesamtbevölkerung um einen halben Skalenpunkt nach rechts gerückt, exakt auf den rechnerischen Mittelwert von 6, heute steht sie mit 5,5 etwas links von der Mitte und damit immerhin 0,2 Punkte weiter links als noch 1998.

Renaissance »linker« Positionen

Die Selbst-Positionierung der Deutschen eher links von der Mitte geht auf der programmatischen Ebene mit einer Renaissance »linker« Positionen einher. Dies zeigt sich am deutlichsten im Meinungsbild der Deutschen zu zentralen politischen Forderungen der *Linkspartei*. Ganz gleich, ob es um die Einführung eines Mindestlohns, der allgemeinen Verrentung mit Erreichen des 67. Lebensjahres, um die Privatisierung der *Deutschen Bahn* oder um Auslandseinsätze der Bundeswehr geht: Eine zumeist deutliche Mehrheit der Wahlberechtigten spricht sich jeweils für die gemeinhin eher als links eingestufte Lösungsalternative wie Mindestlohn, Atomausstieg oder Rücknahme der Heraufsetzung des Rentenalters aus.

Viele dieser mehrheitlich vertretenen linken Positionen speisen sich aus der weitverbreiteten Wahrnehmung, in Deutschland gehe es insgesamt eher ungerecht zu und die Schere zwischen Arm und Reich gehe wieder stark auseinander. Diese Ansicht teilen nicht nur Anhänger von SPD, *Grünen* und *Linkspartei*, sie findet auch bei Anhängern der Unionsparteien mehrheitlich Zustimmung. Mit ausgesprochen

»rechten« oder politisch konservativen Positionen ist heute zumindest im Bereich der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik buchstäblich kein Staat zu machen – was die auf ihrem Leipziger Parteitag erkennbar nach rechts gerückte CDU bei der Bundestagswahl 2005 schmerzlich erfahren musste.

Knappe linke Mehrheit, aber kein Linksrutsch

Müssten angesichts der erkennbar stärkeren Linksorientierung den Parteien links von der Mitte die Wähler nicht in Scharen zulaufen? Das mag auf den ersten Blick so scheinen, schaffte doch die *Linkspartei* bei den zurückliegenden drei Landtagswahlen den Einzug in das Landesparlament bei gleichzeitigen Gewinnen der SPD zumindest in Hessen und Hamburg. Nimmt man aber die Bundestagswahl 2005 zum Maßstab, so schnitten die drei Parteien links von der Mitte zum Teil deutlich schlechter ab. Dies deckt sich mit der Entwicklung der politischen Stimmung in Deutschland. Dort fiel die SPD nach den innerparteilichen Diskussionen um das Verhältnis zur *Linkspartei* auf einen neuerlichen Tiefstand von 26 % (*DeutschlandTrend* April 2008). Von der Schwäche der SPD profitieren zwar die Grünen und zuletzt vor allem die Linkspartei, die in der Sonntagsfrage von *Infratest dimap* derzeit mit 12 % einen Höchststand erreicht hat. Summiert man die Sympathiewerte für alle drei Parteien, so ergibt sich nur eine denkbar knappe rechnerische »linke Mehrheit« von 49 % gegenüber 47 % für Union und FDP. Von Linksrutsch kann auf dieser Ebene keine Rede sein, der Abstand zu Union und FDP hat sich gegenüber der Bundestagswahl sogar von sechs auf zwei Punkte verringert.

Dass sich die in vielen Aspekten »linke« Grundstimmung keineswegs direkt in Wahlerfolge umsetzen lässt, zeigt auch das – gemessen an den hohen Sympathiewer-

ten – mäßige Abschneiden der *Linkspartei* bei den zurückliegenden Landtagswahlen. Einzig in Niedersachsen ist es ihr gelungen, das bei der Bundestagswahl 2005 erzielte Ergebnis zu übertreffen. Bei insgesamt fünf Landtagswahlen im Westen und bei allen drei Wahlen im Osten blieb sie zum Teil deutlich unterhalb ihres Niveaus von 2005.

Hinzu kommt, dass sich arithmetische linke Mehrheiten nicht so ohne weiteres in politische Mehrheiten umsetzen lassen. Die nach Hessen entfachte Debatte über eine Zusammenarbeit zwischen SPD und *Linkspartei* hat doch erhebliche Vorbehalte großer Teile der SPD-Wählerschaft gegenüber der aus der PDS hervorgegangenen *Linken* erkennen lassen: Nur ein Drittel der SPD-Wähler ist der Meinung, SPD und *Linkspartei* würden gut zusammen passen, zwei Drittel sind gegenteiliger Ansicht. In Politikfeldern wie Mindestlohn, Rente mit 67 etc. stimmen die Wähler beider Parteien zwar prinzipiell überein, für SPD-Wähler spielt aber die Gestaltungskompetenz ihrer Partei und damit wirtschaftliche Aspekte und die Finanzierbarkeit von Projekten eine bedeutendere Rolle, so dass ihre Positionen hier letztlich denen der Unionsanhänger deutlich ähnlicher sind als denen der Wähler der Linkspartei.

Koalitionen brauchen komplementäre Kompetenzen

Die Überzeugungskraft von Koalitionen bemisst sich in der Regel in der Kongruenz politischer Grundziele. So speiste sich die Stärke der sozialliberalen Koalition zum einen aus den beiden Parteien zugeschriebenen unterschiedlichen Kompetenzen, zum anderen aus den gemeinsamen gegen die Union durchgesetzten Projekten »Ostpolitik« und »Liberalisierung der Gesellschaft«. Die Stärke von Rot-Grün basierte auf der Kombination von sozialer und arbeitsmarktpolitischer Kompetenz auf Sei-

ten der SPD und der ökologischen und kulturell-gesellschaftlichen Kompetenz der Grünen, die in Projekten wie »Ausstieg aus der Atomenergie«, »Riester-Rente« und »Diskriminierungsverbot« ihren Ausdruck fand. Vergleichbare komplementäre Kompetenzen bei einer linken Regierungsmehrheit unter Einbeziehung der *Linken* sind dagegen nicht ohne weiteres erkennbar. Das Verhältnis von SPD und *Linkspartei* ist derzeit geprägt durch einen Wettbewerb auf einem für beide Parteien zentralen Politikfeld: der sozialen Gerechtigkeit. Da der *Linkspartei* selbst von den eigenen Anhängern darüber hinaus kaum Kompetenzen zugeschrieben werden, stellt sich die Frage aus Sicht der SPD-Wähler, wo der politische »Mehrwert« eines solchen Zusammengehens liegen sollte. Auch

misstraut die Mehrheit der SPD-Wähler einer Koalition mit der *Linken* prinzipiell und hält *Die Linke* für nur sehr begrenzt regierungsfähig. Ein Zusammengehen von SPD und *Linkspartei* kann dort gelingen, wo es gemeinsame politische Projekte gibt. Dies zeigt das Beispiel Berlin, wo gleich zwei Projekte die rot-rote Zusammenarbeit für die Wähler legitimierte und ihr über die erste Koalitionsperiode hinaus eine Mehrheit sicherte: die sozialverträgliche Sanierung des öffentlichen Haushalts sowie die Vollendung der Vereinigung der Stadt. In Hessen zeichnete sich zwar eine Unterstützung rot-grüner Positionen durch die *Linkspartei* ab, aber ein darüber hinaus gehendes Projekt unter Einschluss einer besonderen Position der *Linkspartei* ist nicht erkennbar.

Evelyn Roll

Die Sache mit den Eisverkäufern

Wer die Mitte besetzt, hat die Definitionshoheit

Nach der Spieltheorie gibt die SPD die Mitte, wenn sie nach links rückt, wieder frei. Doch, so unsere Autorin, nur wer die Mitte besetzt, hat die Chance, politisch erfolgreich zu sein.

Vielleicht muss die Geschichte mit den Eisverkäufern am Strand doch noch einmal erzählt werden. Harold Hotelling hat sie vor 80 Jahren in die Spieltheorie eingeführt, um die Frage nach der optimalen Standortsuche unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu klären. Sie hilft aber auch wunderbar und erkenntnisstiftend bei der ernüchternden Berechnung der Marktchancen einer Partei, die im Begriff ist, ihren politischen Standort neu zu definieren oder auch nur wieder dahin zurück zu verlegen, wo er ursprünglich einmal war: Links also.

Nehmen wir einen Strand. Er ist 10 Meter breit und 100 Meter lang, im Osten



Evelyn Roll

(*1952) ist leitende Redakteurin der *Süddeutschen Zeitung* im Berliner Büro und Biografin von Angela Merkel.

evelyn.roll@sueddeutsche.de

und Westen begrenzt durch Felsen, im Norden durch das Meer und im Süden durch eine Uferpromenade. Der Strand ist gleichmäßig gefüllt mit Badegästen. Und es gibt zwei Eisverkäufer. Beide wollen möglichst viel Eis verkaufen. Das können sie rein rechnerisch am besten, wenn sie sich